



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

400 (7.9.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-193209](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-193209)

Mannheimer General-Anzeiger

Redaktionsstelle: In Mannheim a. O. Umgebung von...
Verlagsstelle: In Mannheim a. O. Umgebung von...
Druck-Verlag: General-Anzeiger Mannheim.

Badische Neueste Nachrichten

Kurzgefasst: 1 Blatt, Abonnamentspreis...
Preis: 1.00 M. pro Quartal...
Verlag: General-Anzeiger Mannheim.

Die Lage in Oberschlesien wird immer gespannter.

Um Oberschlesien.

Auch Mannheim wird morgen eine große Kundgebung für Oberschlesien veranstalten und es ist erfreulich zu sehen, daß der Aufruf die Unterzeichner sämtl. Parteien trägt. Es gibt doch also immerhin noch Fragen, in denen die Deutschen einmal einig zu sein vermögen. Und eine von diesen Fragen ist Oberschlesien. Der Aufruf der Polen, der ja mitnichten abgetan ist, sondern gerade nach den heutigen Meldungen seinen Fortgang nimmt und die Bedrängnis und Not der Deutschen immer weiter steigert, hat doch überall im Reich das Nationalgefühl aufflammen lassen und in ihm die haberrden Parteien geeinigt. So hat in Bochum eine vom Verein heimatreuer Oberschlesier veranstaltete, von sämtlichen Parteien außer den linksradikalen Gruppen, von Berufsverbänden und Vereinen unterstützte Kundgebung auf dem Theaterplatz stattgefunden, an der mehrere Tausend Personen teilnahmen. Es wurde nach einem Vortrag des Kaufmanns Bruno Groß einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die heute auf dem Theaterplatz versammelten deutschen Frauen und Männer legen flammenden Protest gegen die Willkürakte der Grosspolen auf deutschem Boden ein. Wir beurteilen jedwede Verletzung der Völker und werden die von der Regierung erlassene Neutralität des deutschen Volkes zu wahren wissen. Wir wollen den polnischfeindlichen Oberschlesier nicht verwehren, in ihrem Sinne für die Abtretung Oberschlesiens an Polen zu agitieren; aber wir protestieren aufs Schärfe gegen die polnischfeindliche Propaganda, die mit verwerflichen Mitteln zur Verhöhnung der Völker beiträgt und durch Verleumdung der heimatreuen Oberschlesier sich lästig macht. Wir verlangen ferner scharfe Überwachung derjenigen polnischen Vereine, die ihr Wirken darauf richten, deutschfeindliche Bestrebungen zu pflegen, z. B. durch Abhaltung polnisch-militärischer Übungen u. dergl., da diese im Gegensatz zum Friedensvertrag stehen und nur geeignet sind, die deutsche Bevölkerung zu beunruhigen. Wir verlangen von der Regierung daß sie diesem polnischfeindlichen Treiben energisch und mit Nachdruck entgegentritt.“

Wir erheben scharfen Protest gegen die Einrichtung polnischer Staatschulen in deutschen Gegenden. Ansehens der augenblicklichen Verhältnisse in dem Abtretungsgebiet Oberschlesiens erheben wir scharfen Einspruch gegen eine durch die Polen beschlossene Reduktion des Mutterland. Wir verlangen gemäß den feierlichen Bestimmungen der internationalen Kommission das zugestimmte Selbstbestimmungsrecht des ober-schlesischen Volkes. Die zum Abtretungsgebiet hat sich die fremde Besatzung in Oberschlesien durchaus neutral der Bevölkerung gegenüber zu betragen und nur gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages zu handeln. Wenn die Errichtung von Bürgerwehren im Interesse der Ruhe und des Friedens der ober-schlesischen Bevölkerung vorteilhaft und nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, so müssen diese aber in streng patriotischer Weise von der einheimischen Bevölkerung besetzt werden. Die freie Selbstbestimmung muß unbedingt dem ober-schlesischen Volke gewährleistet werden.“

Auch Köln hat am Sonntag im Gürzenich eine sehr eindrucksvolle Kundgebung der Oberschlesier erlebt, in der gleichfalls Redner aller Parteien und gewerkschaftlichen Richtungen ein Treuebündnis für das deutsche Oberschlesien ablegten und dem Mitgefühl und der Bedrängnis unserer deutschen Volksgenossen in der Südostecke des Reiches herzlich und kraftvollen Ausdruck gaben. Stadtdr. Schaepfen (Zentrum) gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gruppen als einig Deutsche und Rheinländer zu der Absentkundgebung eingefunden haben. Wenn auch das Rheinland mit einem fremden Flaggenzug überdeckt ist, so strecken wir doch in lebendiger Vaterlandsliebe unsere Hände hoch und reichen den Bedröhten im fernen Deutschland die Bruderhand. Wenn wir und die kommende Generation bitter zu lächeln haben, daß der Krieg für uns verloren ist, wenn wir im bedrückten, eingeschränkten Deutschland leben müssen, so wollen wir in dieser Not durch einigende vaterländische Treue zusammenstehen in dem Bestreben, den Friedensvertrag recht bald zu begleichen. Die mutigen Befürworter des Deutschturns in den nördlichen und östlichen Abtretungsgebieten beglückwünschte der Redner, er verlangte unter stärkstem Beifall, daß die Abstimmung in Eupen, Ralmédy und Monschau einwandfrei und vorschrittsmäßig erfolge. Das deutsche Volk sei ein Arbeitnehmer geworden. In einem solchen Reich um ein Stückchen Brot, ein bißchen Glück und Sonne kämpfen zu müssen, sei schwer. Wir im besetzten Rheinland hätten mehr als das übrige Deutschland das Recht, Worte der Begeisterung und Aufmunterung zu sprechen. Das gesamte rheinische Volk stehe geschlossen hinter den bedrängten Landsleuten Oberschlesiens. Im gleichen Sinne sprachen die Redner der übrigen Parteien. Als der Redner der Deutschen Volkspartei, Rechtsanwalt Dr. Heimann die Erwartung ausdrückte, daß die Greuelthaten der Polen in Oberschlesien ihre Sühne finden und dem deutschen Volk Genugtuung gewährt werden möchte, erscholl minutenlang, brausender Beifall. Der Vorsitzende gab bekannt, daß nach einer telephonischen Mitteilung auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei die Sache der heimatreuen Oberschlesier unterstütze (Beif. Beifall), daß sie aber verhindert worden sei, einen eigenen Redner zu schicken. In der einstimmig angenommenen Entschliessung wurde unter Protest gegen die Vergewaltigung der ober-schlesischen Landsleute und die beabsichtigte gewalttätige Abtrennung deutschen Landes die Abslösung der französischen Besatzungstruppen durch britische oder italienische Truppen gefordert. Von der internationalen Kommission wurde verlangt, daß sie sich auf den Boden des Rechts stelle und die Bestimmungen des Friedensvertrages, soweit solche das Selbstbestimmungsrecht des ober-schlesischen Volkes betreffen, reiflos erfüllte.

Wir können nur wünschen und hoffen, daß alle diese Kundgebungen unserer Brüder in Oberschlesien Stärkung und Trost sein mögen in den schweren Kämpfen, in denen sie stehen und die ihrer nach den neuesten Nachrichten noch warten. Der polnische Terror geht weiter und es besteht in Oberschlesien sogar die Befürchtung, es werde die Abstimmung überhaupt hintertrieben werden. Um so entschlossener muß das ganze deutsche Volk das Recht der deutschen Sache in Oberschlesien verteidigen.

Die Frage der Autonomie Oberschlesiens.

[Berlin, 7. Sept. (Von unserm Berliner Büro.)] Wie der „Lokalanzeiger“ erfährt, beschäftigte sich das Reichstabinett in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Autonomie Oberschlesiens. Bekanntlich hatte sich der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten in seiner letzten Tagung ausführlich mit der Frage befaßt und schließlich auch einen Beschluß über Oberschlesien herbeigeführt. Außenminister Dr. Simons hatte erklärt, daß die Gewährung der Autonomie an Oberschlesien nicht auf Kosten des Reiches oder Preußens geschehen dürfe. Auch in parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß man den Gefühlen der Bevölkerung Rechnung tragen müsse. Man ist der Meinung, daß es genügen werde, wenn man Oberschlesien als preussische Provinz mehr Rechte als einer anderen Provinz gebe, denn man verkennt nicht die Gefahren, die aus einer Loslösung Oberschlesiens von Preußen für Preußen und das Reich entstehen würden.

Der polnische Terror geht weiter.

Breslau, 6. Sept. (W. B.) Nach den neuesten Nachrichten aus Oberschlesien wird die Lage immer gespannter. Die Unterhandlungen zwischen den deutschen und polnischen Parteien werden von polnischer Seite offensichtlich mit Lügen betrieben. Die folgenden neuen Fälle werden gemeldet:

In Lipine sollte die neue paritätische Polizei eingekleidet werden. Dabei drangen bewaffnete polnische Zivilisten, die zu den Anjuranten gehörten und die sogenannte polnische Bürgerwehr bildeten, in das Lokal ein und erklärten, sie würden die Tätigkeit der neuen Polizei verhindern. Da die deutschen Mitglieder der neuen Polizei waffenlos waren, mußten sie der Gewalt weichen und konnten ihren Dienst nicht ausüben.

In Myslowitz verlangt man polnischerseits neuerdings nicht nur die Entfernung der einzukleidenden Bewerber der neuen Abstimmungspolizei, sondern auch die Entfernung der italienischen Besatzung. Einer polnischen Demonstrationssammlung am Ring gelang es, die Entfernung der Abstimmungspolizei zu erlangen und auch die Italiener zunächst zum Abziehen zu veranlassen. Die Italiener sind jedoch später wieder zurückgekehrt.

In Bogoschitz wurde der Führer der polnischen Anjuranten, der die Bewaffnung und Ausrüstungslüste des ermordeten Unterwachtmeisters Hoffmann befaß, Mitglied der polnischen Bürgerwehr. Aber auch dort, wo die paritätische Polizei in Tätigkeit ist, wird für die polnischen Mitglieder Partei ergriffen. Ein Beweis hierfür ist ein Vorgang in Bogoschitz, wo am Sonntagabend als Abschluss der vierjährigen Tagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten eine Festlichkeit im Hotel Graf Reden stattfand. Gegen 1/2 Uhr nachts drangen 40 bis 50 Polen in das Lokal ein und verursachten daselbst wüste Prügeleien. Die neue Abstimmungspolizei griff nicht ein; vielmehr ließ ein polnischer Sprechender die Eindringlinge zuerst in das Hotel ein. Die zu Hilfe gerufene französische Sicherheitswache erschien nicht.

Auch sonst geht der polnische Terror ungehindert weiter.

In der Prinzenstraße bei Lpzitz lebten die Polen 13 deutsche Beamte ab und stellten auch dort polnischen Terror ein. Die Vermittlung des polnischen Beobachtungskomitees und der polnischen Gewerkschaften, die von der Grubenleitung angerufen worden waren, waren bisher vergebens.

Die Verteilung wandte sich auch an General Lerond, der es jedoch ablehnte, sich in wirtschaftliche Differenzen einzumischen. Die Verteilung erklärte, daß sie dann die Grube schließen müsse. Lerond erwiderte, dann müsse sie die Verantwortung tragen. Der Vertreter der Verteilung antwortete: Die werbe ich tragen. Die Grube befehlen mir, die Grube zu schließen, wenn keine vergeblich anerkennen Beamten anwesend sind.“ Auf die Frage des Vertreters der Verteilung, ob die Kommission bei der Schließung der Grube die deutschen Arbeiter schützen werde, schwie General Lerond. Ein anwesender italienischer Offizier erklärte, daß eine Kompanie Italiener nach Lpzitz geschickt werde.

Von einer Waffenablieferung der Polen ist nichts zu spüren. Der englische Kreisontrollleur in Beuthen, Major Ottler, der wegen der politischen Entwicklung seinen Abschied eingereicht hat, der ihm im Gegensatz zu zwei anderen englischen Kreisontrollleuren noch nicht bewilligt ist, erklärte dem deutschen Vertreter gegenüber, daß es so gut wie unmöglich sei, die Waffen von den Polen herauszubekommen. Er fügte hinzu, daß nach seiner Ansicht die Abstimmung nicht stattfinden könne, solange die Waffen nicht abgegeben worden seien.

Unter diesen Umständen ist die Besorgnis der deutschen Bevölkerung dauernd im Steigen, zumal das Gerücht verbreitet ist, daß man in Paris mit der Absicht umgehe, die Abstimmung überhaupt nicht stattfinden zu lassen. Rührung findet dieses Gerücht z. B. in der Mitteilung der in Posen erscheinenden Dziennik Poznanski, wonach schon die Frage aufgeworfen wurde, ob es nicht besser sei, Polen Oberschlesien ohne Abstimmung zu geben. Das polnische Blatt fügt mit der auch für die ober-schlesische polnische Presse charakteristischen Umkehrung der Tatsachen hinzu, daß die Deutschen (nicht etwa die Polen) dieser Lösung durch ihre Verfolgungen, Morde und Plünderungen den besten Dienst leisteten. Dieser skrupellosen Unethik der polnischen Presse ist die deutsche Presse Oberschlesiens deshalb nicht gewachsen, weil sie infolge polnischer Denunziationen von willkürlichen Verböten bedroht ist. So wurde wegen einer an sich unbedeutenden Notiz, die auch in polenfreundlichen Blättern stand, ein deutsches Organ ver-

böten. Auf seine Reklamation hin erhielt es von dem zuständigen französischen Offizier lediglich zur Antwort: Es genügt in einem solchen Falle das Verbot, und die deutsche Zeitung möge es sich zur Ehre anrechnen, daß sie wegen ihrer großen Verbreitung davon betroffen wurde.

Verbot der Schlesiens Zeitung im Bezirk Kattowitz.

Breslau, 6. Sept. (W. B.) Die „Schlesiens Zeitung“ meldet aus Kattowitz: Der interalliierte Kreisontrollleur verbot die „Schlesiens Zeitung“ im Stadt- und Landkreis Kattowitz bis auf weiteres.

Der russisch-polnische Krieg.

Königsberg i. Pr., 6. Sept. (W. B.) Lagebericht. Vertikale Kampfhandlungen zwischen den Litauern und Polen in der Gegend von Suwalki. An der polnischen Nordfront und im Zentrum geringe Kampfaktivität.

Paris, 7. Sept. (W. B.) Ein Moskauer Funkspruch vom 4. Sept. besagt: An der Westfront bei West-Litauen dauern die Kämpfe fort. In der Gegend von Wladimir-Bolhynsk haben unsere Truppen nördlich von Studiesow eine starke feindliche Abteilung geschlagen und mehr als tausend Gefangene gemacht. Sie vernichtete das zweite polnische Infanterieregiment.

An der Südwestfront brachten unsere Angriffe den feindlichen Vorstoß zum Scheitern. Der Feind wurde nach Westen zurückgeschlagen. In der Gegend von Hallik verfolgten die roten Truppen den Feind gegen den Dniester.

Im Krimabschnitt heftige Kämpfe; südwestlich von Kapszn wurde eine feindliche Bandungsabteilung in das Meer zurückgeworfen. Im Süden wurden isolierte feindliche Truppen von uns geschlagen und vernichtet.

Protest gegen die Unterbringung von Bolschewisten in Erlangen.

München, 7. Sept. (Priv.-Tel.) Wegen die Unterbringung russischer Bolschewisten in das Gefangenen-Lager Erlangen hat der Stadtrat Protest eingelegt. Der Oberbürgermeister ist in dieser Angelegenheit bei der Regierung vorstellig geworden. Diese erklärte jedoch, daß sie hiervon keine Kenntnis habe, die Sache ginge von Berlin aus. Die Vertreter der Unabhängigen stimmten gegen diesen Protest.

Der polnisch-litauische Konflikt.

Warschau, 7. Sept. (W. B.) In der Nacht vom 2. September haben litauische Truppen, mit Artillerie und M. G. versehen, das letzte polnische Infanterieregiment in Sejny überfallen. Gleichzeitig wurde eine Eskadron des lebenden polnischen Infanterieregiments von einer litauischen Abteilung in Lpowa angegriffen. Die polnischen Truppen hatten zu dem Angriff keinen Aufbruch gegeben. Nach haben die Polen die vorläufige Demarkationslinie, welche die Entente bezeichnet, nicht erreicht, teilweise denn überschritten. Dagegen haben die litauischen Truppen die polnische Seite der Demarkationslinie besetzt nämlich die Linie Gubi-Sejny—Klejnghiliner—Lpowa.

Eine litauische Note an Polen.

Kowno, 8. Sept. (W. B.) Der Minister des Aeußeren hat durch Vermittlung der litauischen Gesandtschaft in Berlin an den polnischen Minister des Aeußeren folgende Note gerichtet: Die litauische Regierung bedauert, dem Ersuchen der polnischen Regierung, die litauischen Truppen hinter die in ihrer Note bezeichnete Linie zurückzuführen, nicht entsprechen zu können, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die freiwillige Abtretung des schon in der Gewalt des litauischen Staates befindlichen Territoriums wäre eine Verletzung der Neutralität gegenüber Rußland. 2. Die litauische Regierung erachtet es für unmöglich, ein Gebiet, das sie als unumsritten zu Litauen gehörig betrachtet, einer fremden Okkupation zu überlassen. Die in ihrem Telegramm vom 2. September bezeichnete Grenzlinie wurde unter ganz besonderen Bedingungen ohne Teilnahme der litauischen Regierung und ohne deren Zustimmung bestimmt und niemals von ihr anerkannt.

Die litauische Regierung, die von einem verächtlichen Gesandten bewegt ist und wünscht, Konflikte zwischen den litauischen und polnischen Truppen zu vermeiden, hat in der Note vom 7. August der polnischen Regierung vorgeschlagen, die Demarkationslinie festzulegen. Die Polen aber haben weder die Note beantwortet noch die in Kowno angefangenen Verhandlungen beendet. Sie griffen vielmehr die litauischen Truppen bei Augustowo an, kränkten sie zurück und drangen tief in litauisches Gebiet ein. Die litauische Regierung wurde gezwungen, diesen Einfall zurückzuweisen. Da die litauische Regierung weiteres Rückweichen zu verhindern wünscht und Polen den Beweis ihrer Feindschaft und feindseligen Politik ihm gegenüber geben möchte, schlägt sie vor, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und die Demarkationslinie mit den nötigen Vollmachten vorsehen zu lassen, um eine Demarkationslinie zu bestimmen. Die Delegationen können sich in Kariampal treffen. Nach Festlegung der Demarkationslinie wäre die litauische Regierung sofort bereit, in Verhandlungen zwecks Lösung aller strittigen Fragen einzutreten. Die litauische Regierung nimmt als Basis dieser Verhandlungen die schon kürzlich auf der Konferenz von Riga von den litauischen Delegierten bestimmten Punkte an.

Benötigende Friedensverhandlungen.

Warschau, 7. Sept. (W. B.) Havas meldet: Die polnisch-litauischen Feindseligkeiten sind virtuell beendet. Die Friedensverhandlungen werden ungefümt in Kariampal beginnen. — Ferner meldet Havas: Aus Nachrichten aus verschiedenen Quellen geht hervor, daß die Bolschewisten dabei sind, ihre Streitkräfte im Norden wieder zu ordnen. Die Angriffe, die die Russen im Süden leisteten, hätten nur den Zweck, die Aufmerksamkeit des polnischen Oberkommandos von der Reorganisierung im Norden abzulenken.

Abbruch der russisch-finnischen Friedensverhandlungen.

Stockholm, 6. Sept. (W. B.) Das „Stockholmer Dagblad“ meldet aus Helsingfors: Die finnische Friedensdelegation kehrt aus Dorpat nach Helsingfors zurück. Es ist unsicher, ob die Friedensverhandlungen mit Rußland wieder aufgenommen werden.

Eine kirgisen-Sowjetrepublik.

Moskau, 6. Sept. (W. B.) Durch Funkspruch. Das Zentralvollzugsomitee der Autonomen Kirgisenrepublik be-

Schloß mit Zustimmung des Rates der Volkskommissare vom 10. Juli die Einsetzung einer Autonomen Sowjetrepublik. Diese Republik, welche einen Teil der russischen Sowjetföderation darstellt, umfaßt die ehemaligen Verwaltungsbezirke Semi-Palatinst, Kowlinst, Turgoj, Krasst sowie einen Teil des Transkaspischen Gebietes und der Provinz Astrachan.

Der Bolschewismus in Italien.

Nach vor einigen Tagen hat der italienische Gesandte in Berlin auf Grund ihm aus Rom zugegangener Berichte erzählt, die Bewegung der Metallarbeiter sei rein wirtschaftlicher Natur. Infolge des empfindlichen Mangels an Rohstoffen und Kohle und der starken Steigerung der Löhne hätten die Industriellen der Metallbranche beabsichtigt, ihre Fabriken zu schließen. Die Arbeiter hätten daraufhin die Fabriken der Metallindustrie in Turin, Mailand, Genua und anderswo besetzt, um die Schließung der Fabriken zu verhindern und sie in eigener Regie weiterzuführen. Dieser Konflikt zwischen Kapital und Arbeit bewahre den Charakter des wirtschaftlichen Kampfes und habe sich bis jetzt ohne jedes Blutvergießen entwickelt. Die Lage sei durchaus nicht alarmierend, um so weniger, als der Kampf sich bloßer auf die Metallbranche beschränkt. Es sei dabei zu bemerken, daß das Manifest, welches die sozialistische Konzentration unterzeichnet hat, u. a. auch von dem italienischen Abgeordneten Buzzzi unterschrieben sei, welcher der Führer der Bewegung unter den Metallarbeitern sei. In diesem Manifest empfehle Buzzzi den Arbeitern, alle Ausschreitungen zu vermeiden. Der italienische Gesandte in Berlin dürfe inzwischen aus den weiteren Nachrichten, die ihm zugegangen seien, ersehen haben, daß er sich irrt oder anfänglich in die Irre geführt worden ist. Die Bewegung hat ausgesprochen politischen Charakter. In seiner Sonntagsnummer enthält die Avanti deutlich die resolutionsären Ziele des Metallarbeiterstreiks, wozu aber vor einer Ueberstürzung des Erfolges der Fabrikbesetzung. Das sei nur eine Etappe zum Arbeiterstaat, der erst durch die kommunistische Kontrolle der Rohstoffversorgung und des Kredits gedeckt werde. Die Bourgeoisie habe die Besetzung der Fabriken teils aus Taktik, teils aus Schwäche zugelassen. Der Avanti" ermahnt deshalb zu sozialistischer Disziplin und zum Durchhalten, er ruft die Landarbeiter zur Solidarität und fordert das Militär zur Gehorsamsverweigerung auf und beauftragt die Besetzung der Vermaltungen, Entwaffnung der Karabinieri und Bildung eigener Bataillone. Bei dieser Lage hat ein Protest der Gruppe Turati nur theoretische Bedeutung.

Mailand, 6. Septbr. (WB.) Die Metallarbeiter haben beschlossen, die Beschlüsse der Industrie bis zum 10. ds. Monats abzuwarten. Ausbann soll eventuell die Besetzung der Fabriken in ganz Italien erfolgen. — Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen.

Die Spaltung der U. S. P.

Berlin, 7. Sept. (Von unv. Berl. Büro.) Wie die U. S. P. aus Kreisen der unabhängigen Sozialdemokraten erfahren, hält man dort allgemein die Spaltung der Partei für ein unabwendbares, ja schon vollzogenes Ereignis. Der Parteitag wird nur noch die Bedeutung haben, die Liquidation des bisherigen Zusammenhanges vorzunehmen. Wäre es auf der Reichskonferenz zur Abstimmung gekommen, so hätten die Anhänger des Anschlusses an Rostau höchstens ein Drittel, vielleicht nur ein Viertel der Vertreter hinter sich gehabt. Man rechnet damit, daß auf dem Parteitag die Zahl der Anhänger an Rostau etwas größer sein könnte, hält es aber für ausgeschlossen, daß sie unter den gegebenen Bedingungen die Mehrheit auf dem Parteitag haben werden. Die Rostauer Minorität werde wahrscheinlich nach dem Parteitag aus der U. S. P. ausscheiden und sich der kommunistischen Partei anschließen. Einige Bezirke würden vielleicht diesen Anschluß mitmachen, so vor allem Hamburg und Halle, vielleicht auch Berlin. Die Entscheidung in Berlin wird jedoch nicht für ganz zweifellos gehalten, insbesondere wird damit auch nicht die Entscheidung über den Besitz der Freiheit" verbunden, die genossenschaftlich aufgebaut ist, und deren weiteres Schicksal von der Entscheidung der Genossenschaft abhängig sein dürfte.

Warnung vor dem Anschluß an Rostau.

Berlin, 7. Septbr. (Von unserem Berliner Büro.) In der Freiheit" beschäftigt sich Frau Zieg in einem Artikel "Wir und Rostau" mit den Bedingungen der 3. Internationale. Sie schreibt darin u. a.: Was wir am Militarismus am tiefsten haften, daß er die Persönlichkeit unterdrückt, den Willen lähmt, alles Eigene und Eble am Menschen zerbricht, sie zu blinden Werkzeugen macht, das würde der Anschluß an Rostau für Männer und Frauen der Partei bringen. Eine Kugel ins Herz, einen Frieden um den Hals bringt auch den rabiatesten Rebellen zum Schweigen. Darin hat Rostau schon Recht. Die unabhängige Partei war bisher die Zuflucht und der Trost für Millionen von Mühseligen und Beladenen, denen wir einen Ausweg aus der kapitalistischen Wüste in das Land des Sozialismus gezeigt haben. Der Marxismus war uns der Weg, weiser, er soll es weiter sein. Das sonnige Land des Sozialismus ist unser Ziel, unbekümmert um unsere Feinde rechts und links werden wir den Weg gehen, aber nicht in die Sklaverei.

Der Kampf um das Kontrollrecht der Eisenbahner. Scharfes Vorgehen des Reichsverkehrsministers gegen Eigenmächtigkeiten.

Berlin, 6. Septbr. (WB.) Am 3. September haben die Eisenbahnarbeiter auf dem Bahnhof Erfurt einen mit Munition beladenen Wagen aus einem vorschrittsmäßig angemeldeten Ententenschubzug abgehängt, obwohl auch dieser Wagen ordnungsmäßig kenntlich gemacht worden war. In Verhandlungen mit den Arbeitern hatte die Eisenbahndirektion die Zusicherung erteilt, daß der Wagen mit dem nächsten Ententezug weiter laufen sollte. Trotzdem haben am 4. September die Eisenbahnarbeiter verschiedener Dienststellen den Wagen entladen und die Munition auf freiem Felde verbrannt. Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahndirektion telegraphisch angewiesen, sofort alle bei dem Abhängen und Entladen des Wagens und der Vernichtung der Munition beteiligten Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist zu entlassen und sie außerdem der Staatsanwaltschaft zur gesetzlichen Verfolgung anzuzeigen und sie für den der Eisenbahnverwaltung entstehenden Schaden haftbar zu machen. Beamte sind, soweit bisher festgestellt, an der Tat nicht beteiligt.

Die Möglichkeit eines Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 7. Sept. (Von unserm Berliner Büro.) Ueber die gestrige Eisenbahnerbetriebsräteversammlung, die sich mit dem Konflikt zwischen der Regierung und der Reichskontrollkommission der Eisenbahner beschäftigte, berichtet der Vorwärts: Eine Versammlung der Eisenbahnerbetriebsräte Berlin am Montagabend beschloß nach einem

Bericht Dr. Kurt Rosenfelds vom Reichskontrollauschuß und nach mehrstündiger Aussprache, sich hinter den am Sonntag veröffentlichten Aufruf der Spitzenorganisation zu stellen. Sämtliche nach Polen bestimmten militärischen Transporte sind danach anzuhalten. Dagegen sind die im Friedensdilat vorgesehenen Transporte frei passieren zu lassen. Ein Antrag, alle Militär- und Kriegsmaterialientransporte ohne Unterschied anzuhalten, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Der Lokalanzeiger" will dazu noch von gut unterrichteter Seite erfahren haben: In der Versammlung soll es äußerst härmlich hergegangen sein. Selbst die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes sind nicht vollständig mit der Haltung der Gewerkschaftsleitung zufrieden. Ein Teil von ihnen brachte diese Unzufriedenheit auch zum Ausdruck. Infolgedessen zog sich die Beschlusssitzung bis zum späten Abend hin. Im Reichsverkehrsministerium, wo man nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Transportpflicht der Eisenbahn unter allen Umständen gewahrt werden müsse, sieht man der Entwicklung der Dinge ruhig entgegen. Die Haltung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes hat sich bis zur Stunde nicht geändert. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten steht ebenfalls auf dem Standpunkt der Reichsregierung. Die Beamten und der Allgemeine Eisenbahnerverband wollen unter allen Umständen einen eventl. Streik, der vom deutschen Eisenbahnerverband proklamiert werden könnte, zu verhindern suchen. Auf den einzelnen Eisenbahndienststellen ist zum Teil die Stimmung sehr gegen den Deutschen Eisenbahnerverband, dessen Vorgehen von Beamten und Arbeitern in gleicher Weise verurteilt wird. Es ist zu erwarten, daß der kommende Eisenbahnerstreik von vornherein bedeutungslos bleiben wird.

Regierung und Sozialdemokratie.

Die vom Reichsverkehrsminister Gehler auf dem Sommerfest der württembergischen Demokraten über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Regierung gehaltenen Ausführungen lauteten nach der „Börs. Ztg." folgendermaßen:

Die Wehrheitssozialdemokratie habe unter dem Eindruck des Wahlausfalles sich der Verantwortung entzogen und betätige sich gern im Zeichen der Verneinung, selbst wenn Vorteile vorgelegt würden, die das Kabinett Bauer beschloßen habe. Vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages werde die Regierung sich sagen müssen, ob sie sich das länger gefallen lassen könne. Die Demokraten seien in die Regierung eingetreten, weil eine Delegation nach Spa gefandt worden mußte. Wenn die sozialdemokratische Presse es so darstelle, daß sie es besser machen könne, so sei, da die Basis für die Regierung zurzeit zu schmal sei, der Weg frei. Jetzt müsse sich die Sozialdemokratie entscheiden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aussicht auf Besserung unerträglich Verhältnisse.

Der Reichsfinanzminister v. Kaumer hat vom 15. bis 28. August in Begleitung des Staatssekretärs Wolfher, des Geheimrats Klant und des Regierungsrates Dr. Schmeind vom Reichsfinanzministerium und des Präsidenten der Reichsrechnungsverwaltung für das besetzte rheinische Gebiet, Herrn Klett, eine eingehende Informationsreise durch das gesamte besetzte Gebiet unternommen. In den Städten Trier, Aachen, Köln, Coblenz, Trier, Kreuznach, Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Landau und Bülil wurden mit den Vertretern sämtlicher beteiligter Staats- und Kommunalbehörden alle mit der Besetzung zusammenhängenden Fragen verhandelt und alle Mahregeln eingehend erörtert, die zur Entlastung der Bevölkerung der besetzten Gebiete dienen können. Ueber den Bau weiterer Offizierswohnungen und über die Bauausführungen selbst wurde mit allen beteiligten Stellen Einvernehmen erzielt. Den Verwaltungsschwierigkeiten, denen zur Zeit die Gemeinden unterworfen sind, soll durch eine möglichst unmittelbare Erlebung aller das Rheinland abkommenden betreffenden Fragen durch die Organe der Reichsvermögensverwaltung obgeholfen werden.

Eine der Hauptfragen der durch die Einquartierung betroffenen Haushalte ist die Frage der Wäscheversorgung, die an die Haushaltungen zum Teil unerfüllbare Anforderungen stellt. Der Minister versprach den Versuch zu machen, die Wäscheversorgung durch die Reichsvermögensverwaltung zu übernehmen und zunächst in einigen Garnisonsstädten entsprechende Versuche zu machen.

Der Minister stattete dem Präsidenten und den Mitgliedern der interalliierten Rheinlandskommission sowie den Oberbefehlshabern der einzelnen alliierten Armeen Besuche ab. Das Ergebnis dieser Besetzung am schwersten betroffenen französischen Zone zwischen dem Präsidenten der Reichsvermögensverwaltung in Coblenz und dem französischen Oberkommando in Mainz eingehende Verhandlungen über alle in Betracht kommenden Organisationsfragen eingeleitet werden sollen, um eine Festlegung der maßgebenden Grundsätze und damit die Ausschaltung derjenigen Reibungen zu erzielen, unter denen die Gemeindevorkontrollen wie die Bevölkerung zur Zeit leiden. Bei der Stellung, die der Präsident Tirard und am nächsten Tage der General Degoutte einnahmen, ist zu hoffen, daß sich durch diese Verhandlungen eine wesentliche Besserung der derzeitigen, von der Bevölkerung als unerträglich empfundenen Verhältnisse abbahnen wird.

Mitrand im besetzten Gebiet.

in Paris, 7. Sept. (Weizsäcker) Bei einem Eisenbahnbesuch in Paris erklärte der Ministerpräsident Millerand in einer Rede, daß Frankreich nicht schloßen sei, den Rechten, die es aus dem Friedensvertrag von Versailles habe. Stellung zu verschaffen und zwar in voller Uebereinstimmung mit seinen Verbündeten. Wahrung habe nicht mit Vergeltung oder Schwäche zu tun. So wie Eisenbahnbesuch für immer zu Frankreich zurückgeführt sei, so bestehe Frankreich auch darauf, daß die anderen Länder, denen der Friedensvertrag von Versailles die Freiheit wiedergegeben habe, auch in ihrer vollen Freiheit und Unabhängigkeit erhalten bleiben. Millerand ist gestern nachmittags in besetzte Rheinland weiter gereist.

Aus der Angestellten-Bewegung.

Protest gegen die Kaufmannsgerichtsverordnung! Die kaufmännischen Angestellten sind zu einem sehr großen Teil durch die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 12. Mai 1920 rechtlos gemacht worden.

Nach dieser sind alle Angestellten mit mehr als 15000 Mark Jahreseinkommen von den Sitzungen des Kaufmannsgerichts ausgeschlossen, während früher der weitaus größte Teil der Angestellten der billigen und sonstigen Rechtsprechung der Kaufmannsgerichte teilhaftig wurde. Auch an den wichtigen Wahlen für die Kaufmannsgerichte können sich die Angestellten nach obiger Verordnung nur beteiligen, wenn sie weniger als 15000 Mark Gehalt beziehen.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA), ein Berlin, hat deshalb zur Beseitigung der Rechtslosigkeit weiterer Angestelltenstreiks gegen die unter obigen Einschränkungen ausgesprochenen Beschlüssen für die Kaufmannsgerichte mit aller Entschiedenheit in einer Einmache an den Reichstag und das Reichs-

arbeitsministerium protestiert und folgende Abänderungen der Verordnung im Interesse der kaufmännischen Angestellten gefordert:

- 1. Uebersteigerung der Gehaltsgrenze von 15000 Mark und restlose Ersetzung aller kaufmännischen Angestellten, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens, zum mindesten aber Erhöhung der Einkommensgrenze auf 30000 Mark.
2. Herabsetzung des passiven Wahlalters zum mindesten auf das 25. Lebensjahr.
3. Ausdehnung des passiven Wahlrechtes auch auf die weiblichen Angestellten.
4. Versetzung der Kaufmannsgerichtswahlen bis zur Durchführung der oben erwähnten drei Voraussetzungen zur Ermöglichung einer geordneten Durchführung der Wahlen.

Letzte Meldungen.

Die Bewegung in Irland.

London, 6. Septbr. (WB.) Eine Gruppe Sinnfeiner, die englische Militäruniform getragen haben soll, hat die Kasernenanlagen von Bellebeek genommen und sie in Brand gesteckt.

Rotterdam, 6. Septbr. (WB.) Nach einer Meldung aus Lugern erklärte Lloyd George in Beantwortung des Erjudens des Bürgermeisters von Newgork in holländischen aber falschen Worten, daß er sich in den Lauf des Rechtes nicht einmischen könne.

Der Verrat an die Ententekommission.

München, 7. Septbr. (Brio.-Tel.) Der Verrat an die Ententekommission wird weiter betrieben. Neuerdings wird über die Tat eines solchen Schandbuben aus Landshut in Niederbayern berichtet. Dort lagerten auf dem Bahnhoflagerplatz gegen 60 Flugzeugmotoren. Diese wurden nun der Münchener Ententekommission verraten, die sich daraufhin mit 4 Monteuren nach Landshut begab, die sämtliche Motoren unbrauchbar machte, das heißt, die hauptsächlichsten Betriebsstelle zerstörte. Die Motoren liegen nun als wertloses Gut auf dem Lagerplatz.

Beginn der deutsch-italienischen Ernährungsverhandlungen.

Treia, 6. Sept. (WB.) In der Villa Borromeo begannen heute in Gegenwart von Vertretern Englands und Frankreichs die Verhandlungen zwischen den italienischen und deutschen Ernährungsministern. Minister Soleri erinnerte an die Spaer Konferenz vom 6. Juli und an die Beschlüsse der Wiedergutmachungskommission in Paris vom 30. Juli und legte darauf den Umfang und das Ziel der gegenwärtigen Beratung dar, welche die Verwendung des italienischen Anteils an dem von der Spaer Konferenz Deutschland zugewiesenen seiner Verpflegung bewilligten Vorschüssen derartig regeln soll, daß den Interessen Deutschlands und Italiens Rechnung getragen werden kann. In seiner Erwiderung sagte Dr. Hermes die allgemeine Ernährungsfrage Deutschlands auseinander, wobei er die schon auf der Konferenz in London am 4. August gegebenen Aufschlüsse ergänzte und namentlich auf die Ernährungslage in den deutschen Kohlenbezirken hinwies. Nach einem allgemeinen Gedankenaustausch wurde auf Vorschlag Soleris eine Reihe von Sonderberatungen zwischen den Sachverständigen beider Völker festgesetzt, um die praktischen Möglichkeiten der Verwendung des italienischen Anteils zu prüfen.

Ein französisch-schweizerischer Wirtschaftskonflikt?

Bern, 7. Sept. (W. B.) Nach einem Pariser Korrespondenten des Bundes besetzt sich Millerand nunmehr selbst mit der Konzentration. Millerand gelangte auf Grund eingehenden Untersuchungs zu der Ueberzeugung, daß Frankreich nach dem Versailles-Vertrage vollst. berechtigt sei, von der Schweiz gewisse Zugeständnisse den Verzicht auf die Savoner Freizone zu verlangen. Die französische Regierung sei zur Unterzeichnung des Vertrages berechtigt, und sie wolle Genf dauernde Zollfreiheit für einige Waren erteilen. Wenn die Schweiz nicht bereit ist, mit sich zu verhandeln zu lassen, sei Frankreich entschlossen, dies Serrotut der Genfer Freizone in anderer Weise zu erlablen. Gute Nachbarschaft lasse sich nur durch klares Recht aufrechterhalten.

Keine Schutzhaf für staatsgefährliche Schweizer Bürger.

Bern, 7. Sept. (W. B.) Der Bundesrat beantragt in der Bundesversammlung, sie möge das von über 62000 gültigen Unterschriften versehene Initiativbegehren ablehnen, wonach in der Bundesverfassung ein Artikel aufgenommen werden soll, der es der Bundesregierung zur Pflicht macht, Schweizer Bürger, die die innere Sicherheit des Landes gefährden, unzugänglich in Schutzhaf zu nehmen. Der Bundesrat ist bei seinem Antrage hauptsächlich von dem Gedanken ausgegangen, daß die Schutzhaf ein zu einschneidender Eingriff in die persönliche Freiheit der Bürger sei und den demokratischen Ueberlieferungen des Landes nicht entspreche.

Die Arbeiterbewegung in England.

Berlin, 7. Sept. (Von unv. Berl. Büro.) Smillie, der Wortführer der englischen Bergarbeitergewerkschaft, hat nach der „Humanität" einen Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt erlassen, der die Bedeutung des nahe bevorstehenden Kampfes der englischen Bergarbeiter darlegt. In dem Aufruf heißt es: Die Schöpfung der Bergleute in der Arbeiterbewegung hat für sich gewisse Forderungen aufgestellt, auf Herabsetzung des Preises für Hauskohle und Erhöhung des Lohnes. Die erste dieser Forderungen würde die Lebenskosten des Volkes bedeutend herabsetzen, und die ärmeren Klassen der Allgemeinheit würden davon Nutzen haben. Man kann mit Recht sagen, daß dies die am wenigsten egoistische Bewegung ist, die jemals von einer Gewerkschaft geführt wurde. Die Lohnherabsetzung wird den Bergleuten kaum das Lebensniveau der Vorkriegszeit ermöglchen, das nach Ansicht aller Mitglieber der Robientkommission unter allen Umständen notwendig ist. Wir hoffen, daß die Arbeitgeber der anderen Industrien sich über die Forderungen der Bergarbeiter auf dem Goufenben halten, und sich nicht durch die kapitalistische Propaganda täuschen lassen, die seit einigen Wochen die Luft verpestet.

Verdunkelung der Lage in Anatolien.

London, 6. Septbr. (WB.) Der „Times" wird aus Konstantinopel berichtet: Die Lage in Anatolien verdunkelt sich. In gut informierten Kreisen befürchtet man, daß die Extremisten nicht davor zurückbleiben, die Christenmassen wieder aufzunehmen.

*

Königsberg i. Pr., 6. Septbr. (WB.) Für die Soldaten Flüchtlinge sind auf die dringenden Vorstellungen, die der ostpreussische Bevollmächtigte Dr. Herbst im Auftrag des Oberpräsidenten, unterstützt durch die Kommission der Flüchtlinge, bei der Reichsregierung erhoben hat, wichtige Zusagen gegeben worden. Es soll eine weitgehende vorläufige Fürsorge durch das Rote Kreuz erfolgen. Das Auswärtige Amt hat in Warschau die Entsendung eines bevollmächtigten polnischen Regierungsvertreters nach Reidenburg angeregt, der gemeinsam mit Vertretern der preussischen und der Reichsbehörden die Rückkehr der Flüchtlinge und die Rückgabe ihres Eigentums in die Wege leiten soll. Eine Antwort Polens ist noch nicht erfolgt. Ferner wird angestrebt, daß Polen eine Amnestie für die Soldaten Flüchtlinge erläßt.

Aus Stadt und Land.

Bürgerausschussvorlagen.

Aufnahme geschichtlich wertvoller Bauten.

Stadtratsbeschluss: Für die geistliche Aufnahme geschichtlich wertvoller Bauten in der Stadt Mannheim durch die Privatarbitekten werden a) zur Erhöhung der Vergütung für die im Jahr 1919 hinfällig gewordenen Aufträge und im Herbst 1920 an die Stadt abgelieferten Arbeiten 10 000 M., b) zur Fortführung des Aufnahmewerks aufgrund eines vom Hochbauamt aufgestellten und vom Ausschuss aufgestellten Programms 70 000 M., zusammen 80 000 M. bereitgestellt. Die Mittel hierfür sind aus der allgemeinen Rücklage (Zielvorschriften XXXIII) zu entnehmen.

Begründung: Am 31. März 1919 bewilligte der Bürgerausschuss auf Vorschlag der Wirtschaftsstelle der selbständigen Privatarbitekten Mannheim den Antrag des Stadtrats gemäß Nr. 4 der geistlichen Aufnahme geschichtlich wertvoller Bauten durch die Privatarbitekten aus Mitteln der allgemeinen Rücklage einen Betrag von 30 000 M. Durch diese Maßnahme sollte einerseits die Stadtgemeinde in den Besitz eines an sich wünschenswerten Materials gesetzt, andererseits einem unter den Schwierigkeiten der Zeit besonders schwer leitenden Stande Gelegenheit zu Arbeiten gegeben werden. Zur Vorbereitung, Leitung und Überwachung der ganzen Arbeit war vom Stadtrat ein Ausschuss eingesetzt worden, der das Programm für die Durchführung des Unternehmens aufstellte. Demnach wurde der Wirtschaftsstelle der selbständigen Privatarbitekten die Aufgabe übertragen, im ganzen 29 Bauobjekte, teils rühmlich öffentliche Gebäude, teils Privathäuser aufzunehmen. Der vorläufige Kostenschätzungsantrag für diese Arbeit wurde von der Wirtschaftsstelle auf 32 875 M. berechnet, welche jedoch im Hinblick auf die Höhe des verfügbaren Kredits auf 30 000 M. herabgesetzt werden. Mithin nachdem auf dieser Grundlage der endgültige Kostenschätzungsantrag erteilt war (im Oktober 1919), stellte die Wirtschaftsstelle das Ansuchen, das Unternehmen damit nicht als abgeschlossen anzusehen, sondern für die Fortführung des Aufnahmewerkes einen weiteren Kredit bereitzustellen. Für diese Ausgestaltung wurde vom Hochbauamt ein vorläufiges Programm aufgestellt, für dessen Durchführung ein Aufwand von 55 000 M. als notwendig bezeichnet wurde. Der Stadtrat erklärte sich schon im Januar 1920 grundsätzlich bereit, für erwähnten Zweck eine weitere Summe anzuhelfen, hielt aber eine bestimmte Beschaffenheit erst dann für möglich, wenn die aufgrund des ersten Auftrags zu leistenden Arbeiten abgeliefert und ausgestellt seien. Die sämtlichen Arbeiten sind im April eingereicht worden und mehrere Wochen zu einer öffentlichen Ausstellung in der Kunsthalle bereitgestellt worden. Die Ausstellung wurde mit größter Aufmerksamkeit von der Gruppe Mannheim des Bundes Deutscher Architekten, in die die Wirtschaftsstelle selbständiger Privatarbitekten neuerdings überging, den Antrag gestellt:

1. Die Vergütung für die abgelieferten Arbeiten, die gegenüber dem vom Ausschuss gestellten Anforderungen in diesen Evidenzen eine erhebliche Mehrleistung darstellten, mit Rücksicht darauf, daß die Ausgaben, namentlich die Gehaltskosten der einzelnen Architekten für den Sommer 1919 aufgestellten Berechnungen in der Folgezeit bedeutend angesetzt haben, von 30 000 M. auf 40 000 M. zu erhöhen;

2. Für die Fortführung des Aufnahmewerkes, für das der im Herbst 1919 aufgestellte Kostenschätzungsantrag aus gleichen Gründen ebenfalls nicht mehr als entsprechend angesehen werden konnte, einen Betrag von 70 000 M. zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss empfahl die beiden Anträge zur Genehmigung mit der Maßgabe, daß in das neue Programm noch das Aufsuchen von Bauten aufgenommen werde — eine Forderung, deren Berücksichtigung ohne Unterlassung möglich sein wird, da die erforderlichen zeichnerischen Unterlagen in der Hauptsache bereits beim Hochbauamt vorhanden sind und im übrigen durch Streichung einiger minder wichtiger Bauten in dem Bereichsplan ein Ausgleich geschaffen werden kann. In diesem Sinne erklärte sich der Stadtrat mit dem neuen Vorschlag und Beschluß einverstanden. Ueber die Ausführung der Wirtschaftsstelle hinsichtlich der Aufnahmearbeiten, die auf den Aufnahmewerk schließlich durch Einbeziehung der auf geschichtlich und künstlerisch wertvollen Bauten bestehenden Bauwerke, das Schloß und die Neulandkirche, geknüpft wurde. Die Beschlüsse des Bundes Deutscher Architekten hat schon vor mehreren Monaten mit Unterstützung der Stadtverwaltung bei dem Ministerium des Kultus und Unterrichts darum nachgesucht, daß zur Aufnahme des Schloßes und der Sternwarte durch die Wirtschaftsstelle finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Doch ist eine Entscheidung darauf bis jetzt nicht ergangen. Es sei deshalb auch an dieser Stelle nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ein großes Gewicht darauf gelegt werden muß, daß auch das Schloß, über dessen möglichst weitgehende Aufnahmearbeiten für allgemeine Kulturwerke gegenwärtig Verhandlungen schweben, im Zusammenhang mit den übrigen Unternehmungen der Stadtgemeinde geistlich bearbeitet wird. Ebenso wird daran festgehalten werden müssen, daß wenn auch die Bereitstellung der für die Aufnahme des Schloßes erforderlichen Gelder als Sache des Eigentümers, also des Staates zu gelten hat, doch mit der Durchführung der Aufnahme nicht unbedeutend die Mannheimer Privatarbitekten zu betrauen sein werden.

Kunst und Wissen in Mannheim.

Theaternachricht. Die heutige Erstaufführung von „Die sechs Gefährten“ mit der Regie von Hölzer in neuer Inszenierung beginnt um 7 Uhr. — Morgen Mittwoch geht im Nationaltheater unter der musikalischen Leitung von Felix Lederer „Hollmanns Gesänge“, phantastische Oper von Jacques Offenbach in Szene. — Am Donnerstag wird im Nationaltheater das Ballet „Eine Nacht in Venedig“ wiederholt. Die Partie der „Lina“ singt Ulla Löhr. Diese Aufführung findet außer Wüste zu mittleren Preisen statt. Der Kartenerverkauf beginnt heute Dienstag.

Kleine Mitteilungen.

Die Transferteile für Wilhelm Wundt sind, wie uns aus Leipzig berichtet wird, Samstag vormittag auf dem dortigen Südbahnhof unter sehr geringer Teilnahme der Mitglieder der Leipziger Universität statt. Die Geschäftsidee hielt Harter Krausebroder, dessen Namen der Rektor der Universität Dr. Albert Köhler und nach diesem Professor Felix Krüger, der Nachfolger Wundts, der das Lebenswerk Wundts entwickelte. Im Namen der Städte Leipzig und Mannheim, deren Ehrenbürger Wundt war, sprach Oberbürgermeister Dr. Albert Köhler, für die Schöpfer der Akademie der Wissenschaften Prof. Dr. Krüger, für das Institut für experimentelle Psychologie Prof. Dr. Rime, für das Institut für experimentelle Psychologie Prof. Dr. Rime, dann noch einmal Prof. Krüger für die Gesellschaft für experimentelle Psychologie. Daraan schlossen sich noch Reden von Vertretern der studentischen Verbindungen.

Eine Verlagsfirmengesellschaft. Die Verhandlungen über einen Zusammenschluß der beiden Verlagshäuser Josef Köstel & Co. Buchhandlung in Rempen und Friedrich Buxtel, Regensburg, haben nunmehr zu einem endgültigen Ergebnis geführt. Die Firmengesellschaft beginnt mit dem 1. Oktober ds. J. Die neue Firma lautet Josef Köstel und Friedrich Buxtel, Kommanditgesellschaft. Durch die Zusammenfassung der beiden Unternehmen, vor allem des Maschinenparks wird die Gesellschaft zu den bedeutendsten deutschen Verlagsunternehmen.

Das Institut gab das sechs Heft als Goethe-Nummer heraus. Aus dem beachtenswerten Inhalt haben wir zunächst den Aufsatz „Die Goethes Gedächtnisfeier“ von Hermann Herberich, der Goethes eigenen Briefen und nach den Aufzeichnungen der Freunde von Max Heder zusammenstellt. Das Heft enthält ferner zwei rühmliche Elegien Goethes (Hoffmanns der Hand), des Dichters Schiller und des Mannes in Strassburg, ein Gedicht der Charlotte von Stein (ebenfalls Hoffmanns der Hand), ein Brief des Konners Friedrich von Müller an Keller über

Professorenversammlung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens.

Ein Sturm der Entrüstung über die jüngsten Vorgänge in Oberschlesien geht durch ganz Deutschland. Überall finden Professorenversammlungen statt, in denen zu der Vergewaltigung der Deutschen im ober-schlesischen Abstammungsgebiet durch die Polen Stellung genommen wird. Auch die Bevölkerung der Industriestadt Mannheim will sich diesen kommenden Protesten anschließen, weil man hier volles Verständnis für die schweren Gefahren hat, die der Deutschen Industrie drohen, wenn durch den in Oberschlesien von polnischer Seite ausgeübten Terror die bevorstehende Abstimmung unangenehm beeinflusst und das an Kohle und sonstigen so notwendigen Bodenschätzen reiche Land den raffinierten Polen überantwortet wird. Auf Veranlassung der hier ansässigen Landesgruppe Baden-Württemberg der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier haben sich deshalb sämtliche politischen Parteien von den Deutschen bis zu den Reichstagssozialdemokraten und die gleichgesinnten Arbeiter- und Angestelltenverbände entschlossen, am morgigen Mittwoch Abend eine

Professorenversammlung im Nibelungenaal abzuhalten, zu der die Gesamtbevölkerung Mannheims ohne Unterschied der Parteistellung eingeladen ist. Als Redner ist das Mannheimer Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Herr Redakteur Oskar G. e. c., gekommen. Wir geben uns der sicheren Erwartung hin, daß der Nibelungenaal am morgigen Abend bis auf den letzten Platz besetzt sein, daß sich die Versammlung in ihrem Verlauf den Protesten würdig anreihen wird, die anderwärts bereits mit Nachdruck, Entschiedenheit und fester Einmütigkeit erhoben worden sind. Alle Männer und Frauen Mannheims, die die Schmach empfinden, welche ganz Deutschland durch die Vorgänge in Oberschlesien angehen wird, müssen durch die Beteiligung an der Versammlung zeigen, daß sie in dieser für die eigene Weiterentwicklung so überaus wichtigen Frage eines Sinnes sind.

Das Bäckergerwerbe und die Zwangswirtschaft.

In dem Innungshaus der hiesigen Bäcker fand gestern Abend eine starkbesuchte Versammlung statt, die sich mit den Wünschen der Bäcker befaßte. Der Vorsitzende, Herr Obermeister Schneider, hielt das einleitende Referat. Die Mannheimer Bäckermeister stellen sich hinter die Forderung des Badischen Bäckerverbandes, so führte er aus. Daß die Zwangswirtschaft hinsichtlich der Versorgung mit Brot und Mehl noch nicht ganz aufgehoben werden könne, sehe man ein, aber die Bäcker verlangen wenigstens Erleichterungen. Kuchen und Brötchen dürften in anderen Ländern geboten werden. Die Antwort des Ministeriums auf die diesbezügliche Eingabe des Bäckerverbandes sei wenig tröstlich gewesen. Man hätte eine ruhiger Antwort des Ministeriums erwartet, das die Eingabe des Verbandes nicht so scharf hätte nehmen brauchen. Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Zustand können dadurch eingeführt werden, daß man ausländisches Getreide und Mehl heranziele. Die Bäckerei habe drei Waggons Auslandsmehl im Handel gehabt, aber die Erlaubnis zur Einfuhr nicht erhalten. Die Bäcker hätten sich bezüglich der Berechtigung dieses Auslandsmehls gerne unter Kontrolle gestellt und dieses Mehl wäre billiger geworden als das Schleichhandelsmehl. Bei der Einfuhr mit Auslandsmehl habe der Kommunalverband des Guten etwas zuzusetzen. Um diesen Preis hätte man auch Auslandsbrot kaufen können. Wenn man Auslandsmehl einführe, so sei damit ungesetzliche Landwirtschaft (durch die Verwendung des Abfalls als Futtermittel) und der Bevölkerung geübt. Bezüglich der Angelegenheit des Angebotes der amerikanischen Bäcker, allmonatlich einmal je 300 Waggons amerikanisches Weizenmehl hierher zu schicken, wußte man wenig. Die Verbindung neuerdings wieder angeknüpft worden sei. Die Einfuhr des amerikanischen Mehls drücke jedenfalls nicht so auf die Waage als die Einfuhr von Zigaretten, schlechter Schokolade, Bonbonsmehl usw.

An der letzten Aussprache wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die Verbraucher mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Brot nicht zufrieden wären und durch Verarbeitung von Hamstermehl ihre Ernährung ergänzen würden. Man brauche nur einmal zu beobachten, welche Mengen von Weißbrot und Kuchen hier zum Baden zum Bäcker gebracht würden, namentlich Freitag und Samstag. Das Hamstermehl koste aber durchschnittlich 6 Mark das Pfund, dazu kämen dann noch die Frachtkosten. Wenn man es im Württembergischen geholt. Die aus Hamstermehl hergestellten Backwaren kämen immer noch teurer, als die vom Bäcker aus Auslandsmehl hergestellten. Unter der Aussprache machte die Rechnung auf, daß der Verbraucher in der Woche neben dem ihm zustehenden Laib Brot zu 3,80 Mark, noch zwei Brote aus Hamstermehl verzehre, die ihn auf 18.— M. kommen würden. Auf 9.— M. würde ein Laib Brot aus Auslandsmehl oder doch nicht kommen. Dieser als man heute durch Kaufen des Schleichhandelsmehls in den Geldbeutel greife, müsse man auch nicht hineingreifen, wenn man Backwaren aus Auslandsmehl kaufe. Es wurde in der Diskussion des weiteren betont, daß das Bäckergerwerbe mehr grünten habe, als irgend ein anderes, auf ihm habe der härteste Zwang gelastet. Der freie Handel sei in der Lage billiger einzukaufen als die Reichsgetreidestelle, die keine Existenzberechtigung mehr habe.

Goethes Tod und Bestattung und ein Stimmungsbild George Eliots „Im Port zu Weimar“.

Goethes Tod und Bestattung und ein Stimmungsbild George Eliots „Im Port zu Weimar“.

Todesnachrichten. Mit Prof. Dr. W. Weintraub, dem Direktor der inneren Abteilung des städtischen Krankenhauses in Wiesbaden, ist einer der bedeutendsten deutschen Mediziner aus dem Leben geschieden, dessen wissenschaftliche Arbeiten in der ganzen Welt geschätzt sind. Weintraub galt als einer der tüchtigsten Diagnostiker. Sein Tod erfolgte völlig unerwartet.

Hochschulschicksalen.

Das badische Staatsministerium hat den außerordentlichen Professor Dr. Will Hellpach zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Psychologie, den Privatdozenten Dr. Karl Hess zum planmäßigen außerordentlichen Professor für deutsche Sprache und Literatur und den außerordentlichen Professor Dr. Ing. Richard Körner zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Maschinenbau ernannt.

Literatur.

Deutsche Dichterschriften. In den Handchriften der deutschen Dichter spiegelt sich die deutsche Welt. Wie der Dichter den Geist und das Leben seines Volkes offenbart, wie des Dichters Handchrift ein charakteristisches, physisch-psychologisch lebendiges Merkmal seiner Persönlichkeit darstellt, so schließt die Gesamtheit der Dichterschriften die Charakterzüge der Gesamtheit eines Volkes, die Gesamtheit der deutschen Dichterschriften ein Bild des deutschen Geistes auf. Die wissenschaftlich genaue Faksimilierung ergoht, um den höchsten Wert und persönlichen Reiz einer Handschrift allseitig zu vermittelnd. Es hat daher in den letzten Jahren auch ein neues Buch erschienen, das inwieweit man, jene tiefer, persönliche Annäherung zwischen dem Dichter und seinem Werke herbeiführen, bis die Handschrift dem Dichter selbst in die Hände fallen kann. Die deutsche Dichterschriften, die den Herausgeber und Leiter der bekannten Dichterschriften Dr. Johann Martin C. H. e. r. - Berlin übernommen hat. Er hat, unter Mitwirkung der Reichsanstalt für Denkmäler in Berlin, das Unternehmen von vornherein auf die breitere Grundlage gestellt. Neben Dichtern wird ein besonderer Band eingeräumt. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, im Laufe der Zeit ein wahrhaft umfassendes Bild der Dichterschriften aller deutschen Dichter, die es verdienen, zu bieten. Alle deutschen Dichter in Vergangenheit und Gegenwart werden in gleicher Weise berücksichtigt. Nach eigener Bestimmung der Dichter werden das neue Faksimilierungsschriften, bald die nachgelassenen Dichterschriften, die das Faksimilierungsschrift mit allen Abänderungen enthält, in Originalgröße faksimiliert. Weiterhin sind die anderen Begebenheiten jedes Bandes: das möglichst noch unerschöpfliche Bild des Dichters, seine Autographen und das genaue chronologische Verzeichnis seiner Werke, die sorgfältigste literarische Einleitung des Herausgebers als Einführung in das Gesamtwerk des Dichters.

Frau Kromer führte als Vorsitzende des Hausfrauendundes aus; daß die Verbraucher mit dem Bestreben der Bäcker nach Erleichterung der Zwangswirtschaft und Freigabe der Einfuhr von Auslandsmehl einig gingen, wenn sie die Gemisheit hätten, daß dann nicht auf einmal selbst das Inlandsmehl zu Auslandsmehl wird und der Brotpreis eine Erhöhung erfahre. Das dürfe unter keinen Umständen eintreten. Man solle aber darnach streben, nicht Mehl, sondern Getreide einzuführen, und dadurch für Erwerbslose Arbeitsgelegenheit und der Landwirtschaft Futtermittel zu schaffen. — Von Frau Langer vom deutschen Frauenauschuss wurde verlangt, daß das Mehl aus Auslandsmehl, dessen Einfuhr auch die Hausfrauen wünschten, nicht zum Kuchen- und Brötchenbäckerei Verwendung finde, sondern zur Verbesserung des Brotes. Man solle damit ein gesundes Brot herstellen und sich Referenzen zur Verfügung stellen, damit das Brot auch in der kritischen Frühjahrszeit gut bleiben könne. Der Wunsch bezüglich der Verwendung des Auslandsmehls zum Brotverbessern und Unterlassen der Feinbäckerei stieß nicht auf Gegenliebe. — Herr Schmitt, der sich als Vertreter aller Frauen Mannheims von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten bezeichnete, sagte Unterstützung des Bestrebens der Bäcker zu, wenn die verlangten Preise im Rahmen blieben. Es dürfe nicht vorkommen, daß ein Kilo Brot von 35 Gramm 70 Pf. koste und ein halbes Kilo Brot von 500 Gramm 6.— M., wie dies heute in Mannheim zu haben sei.

Bürgermeister Dr. Walli bekennt sich auch als Freund der freien Wirtschaft, hält aber den Zeitpunkt der Freigabe der Mehl- und Brotversorgung noch nicht für gekommen. Die Einfuhr von Auslandsmehl sei im Interesse der Volksgesundheit zu begrüßen, aber der Kommunalverband als solcher habe nicht das Recht, von sich aus diesbezügliche Anordnungen zu treffen. Die Regierung lasse sich leiten von dem Gedanken, daß in erster Linie die Verbesserung des Brotes notwendig sei und erst in 2. Linie die Herstellung von Kuchen und Kuchen. Die Gefahr, daß festens der Güter Mißbrauch getrieben würde, d. h. daß schließlich die Qualität des Brotes noch schlechter würde als die Qualität des Bäckereibrottes, sei nicht von der Hand zu weisen. Die Leiter der Organisationen hätten immer den besten Willen, aber nicht alle Berufsangehörigen seien von dem gleichen Willen befeuert. Diese Erfahrung habe man schon öfters machen können. Redner verwies hierbei auf das Beispiel der Weiger. Wenn dem Wunsch nach Aufhebung des Brotbäckereibrottes stattgegeben werde, so könne dieses Weisheits nur innerhalb der Nationierung hergestellt werden und der Preis dürfe nicht den Preisen angepasst werden, die man außerordentlich, z. B. auf Wohnhöfen zahlen müsse. Diese Preise seien vielfach schamlos. Er wies darauf hin, daß Deutschland wegen des schlechten Valutastandes nicht genügend ausführen könne, und dadurch nicht die genügenden Auslandsmehls bezuhen zur Einfuhr erhalte. Ein Brot aus Auslandsmehl käme etwa dreimal so teuer als unser jetziges Brot. Bezüglich der Brotmehls, mit denen sich der hiesige Kommunalverband eindecke, bemerkte Dr. Walli, daß der Kommunalverband sich selbst nicht demotivieren dürfe mit Auslandsmehl als mit Auslandsmehl, sondern eingedeckt hätte, daß er keines zu erhalten war. Das Urteil an Stadtmitteln sei dadurch entfallen, daß die Reichsgetreidestelle auch noch einmal Stadtmehl zugewiesen habe. Hoyer sei übergeblieben, aber es bestehe Aussicht, daß das Reich denselben zu räumen und anderweitig verwerten.

Folgende Entschließung gelangte nach beinahe dreistündiger Aussprache zur Annahme: „Die heute in den vereinigten Sälen des Innungshauses tagende Versammlung der Bäckermeister Mannheims beauftragt, daß die Einfuhr von ausländischem Getreide und Mehl erleichtert und die Herstellung von Kuchen und Kleinbäckwaren daraus genehmigt wird. Wir sind dementsprechend, daß Bäckermeister, welche nachweislich Mehl des Kommunalverbandes zu anderen Zwecken verwendet haben, als zur Herstellung von Brot, ihr Geschäft geschlossen wird.“

Der neue Erzbischof.

Anstelle des verstorbenen Erzbischofs Dr. Thomas Körber wurde, wie bereits telegraphisch mitgeteilt, Generalvikar Dr. Friedrich Freyburg, der die Erzbischöflichkeit seit dem Tode des Erzbischofs verwaltet hatte, zum Erzbischof gewählt. Der neue Erzbischof wurde am 30. August 1884 zu Weiskirchen geboren, er ist also 36 Jahre alt. Seine Studien vollendete er in Freiburg, wo er auch seine Priesterweihe genoss. Am 12. Juli 1888 erhielt Dr. Frey die Priesterweihe. Ein Jahr lang war er dann Vikar in Oberkirch, darauf von 1890 bis 1896 Vikar und Pfarrverwalter in Mannheim, von 1896 bis 1899 Geistlicher in Bernau, dem Heimatort des Erzbischofs Dr. Körber zum Kollegialmitglied des katholischen Oberkonsistoriums berufen. 1911 wurde er Vikar, 1912 Vikar im Erzbischof, Ordinarius und Kanzleidirektor. Am 3. Mai 1913 wurde Dr. Frey zum Papste zum Geheimkammerer ernannt. Beim Jubiläum verließ ihm die theologische Fakultät zu Freiburg die Würde eines Ehrendozenten.

Ueber die Führung des Redaktionszweiges zwischen Heidelberg und Mannheim.

Es ist bekanntlich noch keine Entscheidung gefallen. Wie aus einer Interredung des Heidelberger Oberbürgermeisters mit den zuständigen Stellen des Reichsarbeitsministeriums hervorgeht, hat z. B. die Eisenheimer Linie die meiste Aussicht auf Ausführung. Das von Heidelberg besonders lebhaft gewünschte Rhein-Projekt kommt erst in zweiter Linie in Frage, vor allem wohl wegen der gewichtigen Einprüche aus Mannheimer industriellen und kommunalen Kreisen. Das kanakische Projekt, daß in Heidelberg stärkere Bagnerschaft fand, dürfte nicht mehr in Frage kommen.

Beamten-Pensionskasse der Firma Benz u. Cie., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik A.-G. Mannheim.

Am 1. September ds. J. fand, so wird uns geschrieben, die Gründungsversammlung der Pensionskasse im Saale der Liebertstraße statt. Mit dieser Versammlung ist ein soziales Werk zum Abschluß gebracht worden, zu welchem die Mittel schon vor dem Kriege von der Firma zurückgestellt und von Jahr zu Jahr erhöht worden sind, bis es möglich geworden war, eine Pensionskasse zu schaffen, deren Leistungen weit über das Maß desjenigen hinausgehen, was die üblichen Pensionskassen von industriellen Werken usw. gewähren. Handelt es sich doch darum, einen Beamtenstand von heute rund 1800 Personen in eine Pensionskasse einzuschließen, von denen sehr viele auf eine lange Reihe von Dienstjahren zurückzuführen und welche im Falle einer Inanspruchnahme der Kasse für sich oder ihre Angehörigen eine auch nach heutigen Begriffen hinreichende Rente bekommen.

Bisseggen nach jedem Regen?

Diese Frage wird mancher auf dem Blitzeblitz wenig Erfahrenen bejahen, weil man so oft hört: „Es hat richtig geregnet; jetzt kommen noch viele Blitze empor.“ Es ist das aber nur bei geringem wärmerer Witterung der Fall. In der zweiten Augusthälfte und im September sollten vielerlei und viele Blitze auf den Markt kommen. Denn da hat auch der Steinpilz nach mehrwöchiger Pause seine bereits Erntezeit erreicht. Bringt diese aber novemberhafte Wochen, wie es heute nach sehr plötzlichen Tagen der Fall war, so lassen sich auch in vorher sehr erregten Sammelgebieten weder Pfifferlinge noch Steinpilze, weder Butterpilze noch Rothhäuptchen oder andere, vielbesetzte Schwämme bilden. Auf unseren Märkten werden jedoch jeweils nur wenig Pilze festgehalten. Für solche Tage sollten sich unsere Hausfrauen in plötzlichen Wochen weit mehr mit getrockneten und eingemachten Schwämmen versehen.

Polnisches Konsulat. Der zum Polnischen Konsul in München ernannte Herr Louis B. l. o. d. e. l., zu dessen Amtsübertritt vorerst auch Baden gehört, ist einstweilen zur Ausübung konsularischer Funktionen zugelassen worden. Gleichzeitig wurde, wie bereits mitgeteilt, auch der Polnische Konsul Herr Dr. D. o. n. s. k. i. in München für Baden zugelassen.

Der Wasserstand des Neckars hat durch die starken Regenfälle der letzten Wochen erheblich zugenommen, so daß der Fortdauer der letzten Verhältnisse mit baldiger Wiederaufnahme der Neckar-Schiffahrt zu rechnen sein dürfte.

National-Theater Mannheim.
Dienstag, den 7. September 1920.
1. Vorstell. in 2 Akten, 2. Teil. D. (für II. Parterre D 1)
New Inszeniert:
Wie es Euch gefällt
Anfang 7 Uhr. Hohe Preise. Ende gegen 10 Uhr.
Künstlertheater Apollo.
Heute u. folgende Tage, abendlich 7 1/2 Uhr: 5
Das grosse Varieté-Programm.

Palast-Theater
Hanni Weiser: „Der Kammerjäger“ 4 Akte
Honey Porten: „Irrungen“ 3 Akte. S241

Wissen sie, wer Gorney u. Vasko sind?
Die Attraktionen im Rumpelmeier.

Nur noch 3 Tage!
Max Landa
als Meister-Detektiv I. d. 6. Akt.
Die Banditen von Asnières
schönst. bis h. gezeigte Detektivdrama

Eine Bahnsendung prima Nordhäuser Kautabak
eingetroffen. 10080

J. Faist & Co. Tabakwaren-großhandlung
Traiteurstr. 56. Tel. 6602.
Hüte
In jed. Preislage, Umpressen und Umarbeiten billig. 582
C. Scheuer, Modes, Seckheimerstrasse 46.

Welche Zigarrenfabrik?
unterstützt Konmann bei Einrichtung eines Spezialgeschäfts in bad. Landstädten — Größere Landkundsch. — Barmittel vorhanden. *4434

Welch edel denkende Frau würde 1 Kind stillen?
Eventl. kann daselbe auch in Pflege gegeben werden. Angebots unter T. J. 67 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbiten. *4361

Antliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Mittwoch, 8. September gelten folgende Ratten:
I. für die Verbraucher:
Butter: 1/2 Pfund zu Mk. 2.25 für die Fettmarke B in den Verkaufsstellen 546—620.
Zucker: 500 Gramm (50 Gramm als einmalige Zulage) für die Fettmarke J in den Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1—1668. Der Preis beträgt für das Pfund Mk. 1.90.
Rindfleisch: 300 Gramm für die Kindernährmittelmarke 15 in den Kindernährmittel-Verkaufsstellen 1—1668.
Schnitzholz: marktfrei in den Apotheken u. Drogerien
Wormmelde: marktfrei zu Mk. 3.70 das Pfund in den Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1—1668.
Rauhschönig: marktfrei zu Mk. 7.50 das Pfund (offene Ware) und Mk. 7.30 das Pfund-Kaffee in den Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1—1668.
II. für die Verkaufsstellen:
Zur Abgabe sind bereit:
Die Verkaufsstellen für den am 15. d. Mts. fälligen Zucker werden am 10. d. Mts. einschließlich abgefahren und können Selbstabholer, die nach diesem Tage bei uns zur Ablieferung gelangen, für die Verkaufsstellen nicht beliefert werden.
Städtisches Lebensmittelamt, C 2, 16/18.

Mittwoch, den 8. September 1920, vorm. 9 Uhr
versteigern wir das Ertragsnis der Stadt Obbüchse. Zusammenkunft Riederbrühl, Gemartung Redarun. 20
Städt. Entsorgung.

Strohhalm.
Vom 9. September ab wird die Linie 16 Gontardplatz-Heidenheim eingestellt. Dem gleichen Tage ab werden die Wagen der Linie 7, die zurzeit vom Dreisimmen Redarun über Paradieshof nach der Rheinstraße fahren in 10 Minuten-Wagenfolge und unter der Linienbezeichnung „16“ von Redarun-Kriegsbahnhof über Paradieshof-Breitestraße nach Heidenheim verkehren. Die Führung der Linie 7 Rheinlufthafenau erfährt hierdurch keine Veränderung. 104

Rhein-Naardbahn.
Tarifherabsetzung betr.
Mit Wirkung vom 8. September werden Zuschläge zu den bisherigen Fahrpreisen erhoben. Die neuen Fahrpreise können bei den Agenten, beim Betriebsbüro in Bad-Dürkheim, sowie beim Straßenbahnamt Mannheim eingesehen werden. 10082

Sumurun

Durch Errichtung neuer Häuser in
Lübeck und Steffin
haben wir unsere nordische Organisation vervollständigt und empfehlen die Benützung unserer **Sammeldienste** nach Hamburg, Lübeck und Steffin im Zusammenhang mit unseren **Spezialverkehren** nach **Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland u. Rußland**
Schenker & Co., Berlin
Zweigniederlassungen: S12
Mannheim :: Ludwigshafen a. Rh. :: Karlsruhe.

Colosseum — WALHALLA
Dienstag — Mittwoch — Donnerstag:
Des Bomben-Erfolges wegen wird das große Zirkusdrama:
Die letzte Gala-Vorstellung des Zirkus Wolfson
bis einschliesslich Donnerstag abend verlängert.
Als zweiter Schluger:
Tot od. scheintot
Wahre Begebenheit in 6 Akten mit Adalbert von Schlettow.
Ab Freitag: **Die Augen der Welt** Kausubim in 6 Akten.
In beiden Theatern

Kriminal Verschleppt
Abenteuer-Drama mit sensationellem atemberaubenden Inhalt in 5 Akten

Das Wellengrab
Dramatisches Lebensbild in 3 Akten.

Albert geht wählen
Lustspiel in 3 Akten.

Der Doppelgänger
Komödie.

Herbst-Pferderennen in Achern.
Sonntag, den 13. Sept., nachmittags 2 Uhr
Preise und Preiswerte ca. Mark 35000.—
5 Hürdenrennen (Herrenrennen)
2 Landwirtschaftliche Rennen
Während d. Rennen konzertiert die Stadtkapelle Achern.
Öffentlicher Totalisator.



G. J.
Treffpunkt Bahnhof am 8. u. 9. Mittwoch nachmitt. 1/2 5 Uhr. *4418

Pianos in Kauf u. Miete
bel S112
Heckel
Piano-Lager
0 3, 10.

Im **Rodensteiner** Q 2. 16.
Heute Dienstag, den 7. und morgen Mittwoch, den 8. September nachmittags 1/4 u. abends 1/2 6 Uhr
Probe-Waschen
mit dem Schnellwaschapparat S138
Die eiserne Waschröhre
Kleinste, beste und billigste Waschmaschine
Preis 30.— Mark.
Schmutzige Wäsche besonders auch Stiefelfetzen, Mantelkappen, Gardinen u. f. w. bitte mitbringen.
50% Seifensparnis!
Besucher der Vorführungen erhalten den Apparat zum **Ausnahmepreis von 27.— Mark.**
Keine Hausfrau verläumt diese Vorführung!
Herrn. Brede, Magdeburg, Lindeburgerstr. 5.
Kein Kaufzwang!

Zwangsversteigerung.
Mittwoch, den 8. September 1920, nachm. 2 Uhr werde ich im Pfandlokal Q 6, 2 hier gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich verfeigern:
1 goldener Ring, 3 Handtöcher, 15 Stück versch. Damenwäsche.
Mannheim, 4. September 1920.
Happle, Gerichtsvollzieher.

Großer Preisabschlag!!
Ia. Plasava-Strassenbesen in echter Friedensqualität per Stück 13.50 u. 13.50
Ia. Rothhaar-Zimmerbesen, lack. p. St. 20.— u. 16.—
Ia. Kokos-Handfeger m. Bart per Stück 5.75
Ia. Scheuertücher in Friedensqualität, in weissen u. dunkl. Farb. z. Ausschuss p. St. 5.90, 4.90 u. 3.95
Ia. Fensterleder sind wieder eingetroffen per Stück 16.—, 14.—, 11.75 u. 10.75
Malen- und Tücher-Pinsel, sowie sämtl. Bürstenwaren in größt. Auswahl zu den billigsten Preisen. Großverbraucher sow. Wiederverkäuf. erhält. Rabatt.
G 5.14 Bürsten-Centrale G 5.14
Tel. 2678, vis-à-vis Apollo-Theater.

Ia. Buchen-Brennholz.
olenfertig, grob gespalten, jetzt noch Mk. 18.— der Zentner
bei Keller, Mindestquantum 25 Zentner.
Heinrich Söllner, Holzhandlung.
Telephon 7308. 10053

Damen- u. Herren-Hüte
in Filz, Haar, Plüsch und Velour werden auf neueste Formen in eigener Presse umgepreßt und gefärbt.
Master-Formen liegen zu. *4423
Billigste Preise! Liederzeit 8 Tage!
Geschw. Schrag
N 3, 7-8 Modes Tel. 2435

Näh- u. Zuschneide-Kurs
In einem Tages- und Abend-Näh-Kurs können sich noch einige Damen beteiligen. Nach werden selbst Kostüme, Mäntel und sonstige Kleidungsstücke neu angefertigt auch zugeschnitten und probiert.
R. Seidel, Hob. Lanzstr. 9/11. *4343

Handelsgerichtl. eingetr. Firma
belehrt und übernimmt die Durchführung von einwandfreien
Waren-Transaktionen
(Lebensmittel ausgeschlossen)
Gesch. Aufträgen unter Q. Q. 19 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Vogtländische Maschinenfabrik A.-G. Plauen i. V.
Auf Grund der in der außerordentlichen Generalversammlung der Vogtländischen Maschinenfabrik A.-G. am 7. Juli 1920 beschlossenen Erhöhung des Aktienkapitals fordern wir hierdurch gemäß den mit der Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen die Aktionäre der Gesellschaft zur Ausübung des Bezugsrechtes an.
Auf je Mk. 1000.— alte Aktien kann eine neue Aktie von Mk. 1000.— mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1920 an zum Kurse von 118% nebst Schlussnotenstempel bezogen werden.
Das Bezugsrecht ist in der Zeit vom 8. September bis 21. September d. Ja. einschliesslich auszuüben:
bei der Rheinischen Creditbank in Mannheim,
bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig,
bei der Vogtländischen Bank, Abt. der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, in Plauen,
bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin,
bei der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M.,
bei dem Bankhaus M. Hohenemser in Frankfurt a. M.,
bei der Pfälzischen Bank Filiale Frankfurt, Frankfurt a. M.,
bei der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen a. Rh.
Zu diesem Zwecke sind die alten Aktien ohne Dividendenanspruch mit einem Nummernverzeichnis zur Abstempelung einzusenden. Gleichzeitig ist der Gegenwert der jungen Aktien zu entrichten. Ueber die Einzahlungen wird Quittung erteilt, gegen deren Rückgabe die jungen Aktien nach Fertigstellung ausgetauscht werden.
Soweit die Ausübung des Bezugsrechtes im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden die Bezugsstellen die übliche Bezugsprovision in Abrechnung bringen.
Auf Verlangen sind die obgenannten Banken bereit, die Verwertung des Bezugsrechtes zu vermitteln.
Mannheim, Leipzig, Plauen, Frankfurt a. M., 5. September 1920.
Rheinische Creditbank, Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Vogtländische Bank, Abt. der Allgem. Deutschen Credit-Anstalt, Deutsche Vereinsbank.

Todes-Anzeige.
Am 6. September verschied nach langem, schweren mit Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager *4452
Jakob Hertel
im Alter von 50 Jahren.
Mannheim, Schriesheim, 7. Sept. 1920.
R 3, 13
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Anna Hertel nebst Kinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. September, nachmittags 2 Uhr von der Mannheimer Friedhofkapelle aus statt.

Danksagung.
Für die uns anlässlich des Ablebens unserer lieben Mutter, Frau 10070
Anna Bachmann Wwe.
erwiesene Anteilnahme herzlichen Dank.
Mannheim, den 5. September 1920.
Familie Karl Fritschl.

Hans Kohlmann
Katharina Kohlmann
geb. Dickenmann
Vermählte. *4478
Mannheim, 7. September 1920.
Luisenring 68.

Statt Flaxen
Ulbert Bitterwolf
Rosa Bitterwolf
geb. Freytag
Vermählte. *4479
Mannheim, G 7, 19 Landau Markt, Xylanderstr. 23.
7. September 1920.

Von der Reise zurück!
Dr. Gutmann
Frauenarzt
C 1, 4 Fernruf 4247

Sumurun